

***Mitteilung des Senats vom 5. September 2006******Optimierung der Wirtschafts- und Arbeitsmarktförderung***

Die Fraktion der SPD hat unter Drucksache 16/1049 eine Große Anfrage zu obigem Thema an den Senat gerichtet:

Der Senat beantwortet die vorgenannte Große Anfrage wie folgt:

***Vorbemerkung***

Die Wirtschafts- und präventive Arbeitsmarktpolitik des Landes zielt auf die Schaffung günstiger Standortbedingungen der regionalen Wirtschaft, um deren Investitionstätigkeit anzuregen und dadurch neue Arbeitsplätze zu schaffen sowie vorhandene zu sichern. Die Flankierung und Forcierung eines beschäftigungswirksamen Strukturwandels wird durch aktivierende Maßnahmen für die unterschiedlichsten Zielgruppen des Arbeitsmarktes unterstützt. Zu diesem Zweck sind die Instrumente der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik auf eine durchgreifende Modernisierung der bremischen Wirtschaftsstruktur gerichtet, mit der über eine Erhöhung der Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der bremischen Unternehmen sowie die Qualifizierung und Vermittlung von Arbeitnehmern letztlich die Arbeitsmarktsituation im Land verbessert werden soll. Zu den wichtigsten Grundlagen der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik gehören die wirtschaftsstrukturpolitisch ausgerichteten Infrastruktur- und Investitionsförderprogramme, die Technologieprogramme und die Beschäftigungsprogramme des Senats. Sie bilden die programmatischen Ansatzpunkte für eine Verstetigung der in den vergangenen Jahren erreichten positiven Entwicklungstrends mit einem besonderen Schwerpunkt in Bezug auf die Entwicklung Bremerhavens und stellen ferner die konzeptionellen Grundlagen für die Einbindung der wichtigsten Drittmittel-Förderungen von Bund und EU dar.

- Die seit Beginn der Sanierungspolitik vorgenommenen Neujustierungen haben zur Folge gehabt, dass die regionale Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik des Landes mit einer programmatischen Struktur unterlegt ist, die sowohl alle relevanten Infrastrukturfelder (Gewerbeflächen, Fremdenverkehr, Forschung und Entwicklung etc.) abdeckt, wie auch direkt auf alle wesentlichen unternehmerischen Aktivitäten abzielt – von der Investitions-, Ansiedlungs- und Existenzgründungsförderung über Außenhandelsförderung und Markterschließungsvorhaben für neue Produkte bis hin zu Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten in innovativen Technologiefeldern sowie Förderungen im Bereich der beruflichen Qualifizierung und des Arbeitsmarktes zur aktiven arbeitsmarktpolitischen Flankierung des Strukturwandels.

Dabei kommt ein effizienter Mix verschiedener Instrumente zum Einsatz: Zuschüsse, Darlehen, Bürgschaften, Kapitalbeteiligungen sowie nicht-monetäre Förderungen werden je nach Zielrichtung und Effektivität aufeinander abgestimmt. So können ausreichend spürbare Anreizeffekte auf der einen Seite bei gleichzeitiger Minimierung von Mitnahmeeffekten andererseits erreicht werden. Dabei sind beihilferechtliche Spielräume und Grenzen ebenso zu beachten wie förderrechtliche Vorgaben von Drittmittelgebern.

Die Programme sind sowohl bezüglich ihrer konzeptionellen Ausrichtungen wie auch ihrer instrumentellen Ausgestaltungen in enger Abstimmung zwischen den Senatsressorts und insbesondere den für Wirtschaft und Arbeit zuständigen Ressorts erar-

beitet worden. Der Senat bekräftigt, dass er auch weiterhin zur Stärkung der Wirtschafts- und Arbeitsmarkteffekte ein koordiniertes Vorgehen der Ressorts im Sinne eines integrierten Ansatzes für erforderlich hält.

Die mit den Beleihungen vorgenommene operative Umsetzung der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsförderung durch die Bremer Investitions-Gesellschaft mbH (BIG), die Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung mbH (BIS) sowie die Bremer Arbeit GmbH (bag) und die Bremerhavener Arbeit GmbH (BRAG) hat sich dem Grunde nach bewährt. Die mit diesen Instrumenten und den dafür aufgewendeten Haushaltsmitteln erzielten Effekte, insbesondere die Arbeitsplatzeffekte, werden in den jährlichen Beleihungsberichten sowie fachspezifischen Berichten regelmäßig den Deputationen dargelegt.

1. Welche Möglichkeiten sieht der Senat, die Wirtschafts- und Arbeitsmarktförderung im Sinne einer echten „One-Stop-Shop“-Lösung organisatorisch und programmatisch zu bündeln um in gemeinsamer Verantwortung der Ressorts Wirtschaft und Arbeit Betrieben individuelle und umfassende Paketlösungen aus einer Hand anzubieten?

Die Anforderungen an eine echte „One-Stop-Lösung“ zur organisatorischen und programmatischen Bündelung der Wirtschafts- und Arbeitsmarktförderung, „um in gemeinsamer Verantwortung der Ressorts Wirtschaft und Arbeit Betrieben individuelle und umfassende Paketlösungen aus einer Hand anzubieten“, müssen differenziert und sorgfältig bewertet werden.

Aufgrund der sich stetig wandelnden Rahmenbedingungen bleibt es eine ständige Aufgabe, die Programmatiken zu überprüfen und Förderschwerpunkte zu konzentrieren, wo immer dies möglich ist. Eine solche Konzentration und Vereinfachung von Bürokratie findet dort ihre Grenzen, wo Eindeutigkeit und klare Angaben zu den Fördermöglichkeiten und -bedingungen notwendig sind. Erforderlich sind verständliche Richtlinien mit präzisen Angaben und deren ebenso verständliche und transparente Vermittlung gegenüber den Unternehmen.

Die Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsförderung, die in der Verantwortung des Landes Bremen liegt, hat auch im bundesweiten Vergleich einen sehr hohen Standard (siehe dazu diverse Evaluierungen, insbesondere zum ISP, sowie Großstadtvergleiche der Bertelsmann-Stiftung oder des Institutes der deutschen Wirtschaft). Die jeweiligen Programme sind untereinander abgestimmt und auf die Bedarfe von Wirtschaft, Beschäftigten und Arbeitssuchenden bezogen. Dies führt zur Verzahnung von wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Komponenten generell wie auch innerhalb einzelner Programme. Als Beispiele für integrativ gestaltete Programme, die den One-Stop-Shop-Aspekt berücksichtigen, seien nachfolgend genannt:

- Im Landesinvestitionsförderprogramm (LIP) sind ergänzend zur Bezuschussung von betrieblichen Investitionen Fördermöglichkeiten für die Schaffung von Ausbildungs- und Frauenarbeitsplätzen mit aufgenommen, die mit Festbeträgen in Höhe von bis zu 5.000 € pro Platz gefördert werden können.
- Mit dem Landesprogramm zur Qualifizierungsförderung für die bremische Wirtschaft (LAQ) zur Begleitung von Unternehmensansiedlungen durch die Förderung von Personalentwicklung wurde ein arbeitsmarktpolitisches Programm im Rahmen des Beschäftigungspolitischen Aktionsprogramms (BAP) aufgelegt, das gerade für Dienstleistungsunternehmen, die sich am Standort neu ansiedeln wollen, von hoher Bedeutung ist. Während der ersten zwei Jahre werden Personalentwicklungskosten für die neu eingestellten Mitarbeiter/-innen, längstens für drei Monate, mit bis zu 50 % der Kosten bezuschusst.
- Im Bundesmodell Programm „Chance 50Plus“ kombiniert die bag die Bewirtschaftung des Programms mit einer instrumentenübergreifenden Beratung der Betriebe. Sie kooperiert dabei u. a. eng und erfolgreich mit den Beratern und Beraterinnen der BIG (Bestandspflege). In gemeinsamen Veranstaltungen wurden die Instrumente des Programms vorgestellt, die Verfahren der Vermittlung seitens der BAGIS dargelegt und die unbürokratische und systematische Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsförderung vertieft.

Soweit möglich und sinnvoll sollen analoge Ansätze ausgebaut werden.

- a) Wie können dabei sowohl die Landes- als auch die kommunale Ebene der auf Unternehmen orientierten Arbeitsmarktpolitik integriert werden?

Die operative Umsetzung der Programme aus dem BAP erfolgt durch die vier oben genannten Gesellschaften. Die Entscheidung, welche der Gesellschaften mit der Umsetzung der arbeitsmarktpolitischen Programme beliehen wurde, hat sich aus der jeweiligen Zielsetzung der Landesförderung ergeben. So sind einige Initiativen aus dem Flankierungs- und Starthilfefonds – wie Arbeit und Technik, Existenzgründungsförderung, 50 Plus, Innosteps – bei der Wirtschaftsförderung angesiedelt, wohingegen der größte Teil der arbeitsmarktpolitischen Programme aus dem Qualifizierungs- und Beschäftigungsfonds in der Verantwortlichkeit von bag und BRAG liegt.

Diese Arbeitsteilung ist sinnvoll und hat sich grundsätzlich bewährt, da sie das besondere Know-how in der Beratung potentieller Antragsteller und eine reibungslose, zeitnahe Abwicklung von Förderanträgen sicherstellt. Die Arbeit der Gesellschaften der Arbeitsförderung zeichnet sich dadurch aus, dass sie Instrumenten und Institutionen übergreifend ist.

Ein besonders intensiver Abstimmungsbedarf besteht dort, wo Unternehmen Fördermöglichkeiten aus unterschiedlichsten Programmen gleichermaßen beanspruchen können und sollten, damit die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen nachhaltiger unterstützt werden kann. Hier gibt es gute Ansätze einer unmittelbaren Zusammenarbeit der Gesellschaften, die weiter ausgebaut werden sollen:

- Im Bereich des Kunststoff verarbeitenden Gewerbes haben das Ressort Arbeit und die bag die Initiative ergriffen und alle Beteiligten an einen Tisch geholt: Firmen aus unterschiedlichen Branchen, die die Kunststofftechnik nutzen, weitere involvierte Ressorts wie Umwelt, Wissenschaft und Wirtschaft, wissenschaftliche Transfereinrichtungen wie Fraunhofer-Institut Fertigungstechnik Materialforschung (IFAM), Faserinstitut Bremen (FIBRE) und Institut für Werkstofftechnik (IWT), die Agentur für Arbeit und die Bremer Arbeitsgemeinschaft für Integration und Soziales (BAGIS) sowie die BIG als Vertreter der Wirtschaftsförderung beraten gemeinsam, wie sie den regionalen Vorsprung in der Kunststofftechnik zu einem anhaltenden Standortvorteil ausbauen können. In den Beratungen wird deutlich, dass unterschiedliche Fördermaßnahmen notwendig sind. Die Unternehmen werden dabei nicht einfach mit Förderprogrammen und zuständigen Ansprechpartnern konfrontiert, sondern die bag hat federführend die Funktion übernommen, mit der Wirtschaftsförderung und der Agentur für Arbeit Vorklärungen zu treffen, so dass die Unternehmen geleitet und dort bereits vorbereitet an die zuständigen Stellen gelangen. Dieser erfolgreiche Weg wird mit einer zwischen den Ressorts Wirtschaft und Arbeit abgestimmten Auftaktveranstaltung im Bereich Logistik fortgesetzt.
- Auch die Gesundheitswirtschaft ist als zentrales Aktionsfeld gemeinsamer Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik erkannt, sie stellt deshalb einen Schwerpunkt im Programm InnoVision dar. Bei der Gestaltung von einzelnen Maßnahmen arbeiten die Ressorts Arbeit, Wirtschaft und Wissenschaft unter Einbindung der BIG mit dem Technologiebeauftragten des Landes an der Entwicklung so genannter Leuchtturmprojekte. Die einzelnen Projektideen werden gemeinsam in den Grundzügen vorbereitet, die konkrete Vergabe und Umsetzung erfolgt über den Einkauf von Dienstleistern.
- Für den Standortfaktor „Wind(energie)“ gibt es eine Nordwestkooperation, die zwischen der niedersächsischen Landesregierung und dem Senat der Freien Hansestadt Bremen am 11. November 2003 unter dem Titel „Förderung der Offshore-Windenergie“ verabredet wurde. Mit der Gründung der „Windenergieagentur Bremerhaven, Bremen e. V.“, in der fast 200 Unternehmen organisiert sind und in der Institute sowie sämtliche Wirtschafts- und Arbeitsmarktförderer mitarbeiten, wird das Ziel verfolgt, den Standort gegenüber den europäischen Konkurrenten zu profilieren.

Die Beispiele machen deutlich, dass die gelungene Zusammenarbeit von Arbeits- und Wirtschaftsförderung auf der engen Zusammenarbeit der Be-

teiligten beruht. Daneben verdeutlichen zahlreiche Beispiele, dass auch auf das einzelne Unternehmen bezogen die Zusammenarbeit zwischen den Ressorts ebenso wie zwischen den Gesellschaften reibungslos funktioniert, was gerade bei Krisensituationen von größter Bedeutung ist. Hier sei nur auf die durch das Sinken der „Pride of America“ bedingte Insolvenz der Lloyd-Werft und die daraus auch für deren Zulieferer entstandenen Probleme hingewiesen.

Erforderlich ist ein kontinuierlicher Erfahrungsaustausch zwischen den Gesellschaften, damit vom wechselseitigen Know-how profitiert werden kann. Der SAFGJS hat Gespräche mit den Gesellschaften BIG, bag und BRAG aufgenommen, in denen die oben genannten Kooperationen hinsichtlich Stärken und Schwächen ausgewertet werden, für September 2006 sind gemeinsame Weiterbildungsveranstaltungen geplant, in denen das Wissen um die jeweiligen Förderprogramme verbreitet wird. Es geht darum, dass die Möglichkeit und die Notwendigkeit der wechselseitigen Nutzung von Förderinstrumenten von Arbeits- und Wirtschaftsförderung selbstverständlicher Bestandteil der Unternehmensphilosophie der Gesellschaften wird. Andererseits muss bewusst sein, dass hinsichtlich der vielfältigen Förderinstrumente immer auch eine qualifizierte, spezialisierte Beratung erforderlich ist und in einem ersten Schritt die Kooperation zwischen den Förderinstrumenten sichergestellt sein muss.

Dies kann über die Zusammenführung der Instrumente „in einer Hand“ bis zu einem gewissen Grad sehr effektiv gestaltet werden; jedoch dürfen die Strukturen auch nicht überfrachtet werden. Sofern die Aufgabenteilung einerseits und die Zusammenarbeit andererseits klar definiert sind, kann auch eine mehrgliedrige Struktur die beste Lösung darstellen.

b) Wie ist dabei Bremerhaven angemessen einzubinden?

Die Einbindung von Bremerhaven ist durch die Entwicklung von Landesprogrammen, die die Bedarfe beider Städte berücksichtigen, sichergestellt. In anschließenden Wettbewerbsverfahren, die der Projektauswahl und Zuschussvergabe häufig vorausgehen, wird auf besondere Anforderungen Bremerhavens ebenfalls explizit Bezug genommen.

Mit der Gründung der beiden eigenständigen Gesellschaften BIS und BRAG, in denen der Magistrat Mehrheitsgesellschafter ist, sind die Grundlagen für eine einerseits enge Verzahnung von Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik gelegt; andererseits ist eine Kenntnis und Berücksichtigung der lokalen Gegebenheiten und Bedarfe ebenso wie eine intensive Kunden- nahe gewährleistet. Bei der Ausgestaltung der Kooperation erfolgt deshalb eine enge Bezugnahme auf die Politik des Magistrats und dessen aktive Einbindung.

2. Wie kann aus Sicht des Senats erreicht werden, dass die Darlehensförderung zu Lasten und als Ergänzung verlorener Zuschüsse spürbar ausgebaut wird?

Bereits in den 70er und 80er Jahren wurden Wirtschaftsförderungsmaßnahmen auf Basis von Darlehensförderungen umgesetzt. Dabei hat es sich jedoch gezeigt, dass Darlehensprogramme von der gewerblichen Wirtschaft zu diesem Zeitpunkt nur bedingt angenommen wurden.

Wegen des Aufwandes und der wenig zufrieden stellenden Entwicklung (letzte Besserungsscheinregelungen sind bis zum Ablauf der 90er Jahre zu über- wachen gewesen) hat sich das Land zunächst aus dem Bereich der Darlehens- gewährung im Bereich von wirtschaftsfördernden Maßnahmen zurückgezogen und hat im Kreditbereich statt dessen mehr auf das effizientere Bürgschafts- instrument gesetzt.

Gleichwohl hat man in der Designförderung einer entsprechenden Forderung des Rechnungshofes aus dem Jahr 2001 Folge geleistet und die einzelbetrieb- liche Designförderung zum 1. Januar 2002 (für die Dauer eines Jahres probe- halber) von Zuschuss auf Darlehen umgestellt. Im ersten Halbjahr 2002 gingen daraufhin keine Anträge mehr ein, so dass mit Beschluss der Deputation vom 16. Oktober 2002 (Vorlage 15/309-L) die Rückkehr zur zuschussbasierten Förde- rung erfolgte.

Auf der Basis eines Prüfauftrages der Wirtschaftsförderungsausschüsse vom 16. Dezember 2004 zu einem Pilotversuch „Gründerfonds für time-Unternehmen“ werden derzeit Überlegungen angestellt, diesen als bedingt rückzahlbaren Zuschuss auszugestalten. Offen sind zurzeit die Rückzahlbedingungen. Erfahrungen aus dem Bund und anderen Bundesländern haben ergeben, dass es sich als schwierig erweist, die Rückzahlung an den Erfolg des Unternehmens zu knüpfen.

In einer Vorlage für die Deputation für Wirtschaft und Häfen (16/173 zur Sitzung am 15. März 2006) wurden diesbezügliche Erfahrungen aus Niedersachsen und Hamburg dargestellt. Danach unterliegen Unternehmen in Hamburg, die FuE-Förderung in Anspruch nehmen, einer auf sechs Jahre angelegten Mitteilungspflicht. Bisher lagen die Rückzahlungen unter 100.000 € p. a. und damit unter 10 % der jeweils bewilligten Fördersummen.

Dennoch wird das Instrumentarium der Darlehensförderung im Rahmen von standardisierten Darlehensprogrammen durchaus für sinnvoll gehalten und eingesetzt. Hier sei insbesondere auf die so genannten Durchleitungskredite öffentlicher Darlehensgeber hinzuweisen, bei denen die verwaltungstechnische Umsetzung durch die Hausbank eines begünstigten Unternehmens erfolgt.

Zur weiteren Beantwortung der Frage sind die Teilbereiche

- Ersatz der Zuschussförderung durch Darlehensförderung und
- Ergänzung der Zuschussförderung durch Darlehensförderung

differenziert zu betrachten.

Ersatz der Zuschussförderung durch Darlehensförderung

Bei der Frage, ob ein genereller Ersatz der Zuschussförderung durch Darlehen erreicht werden kann, sind neben der möglicherweise geringeren Haushaltsbelastung (vorgesehene Streichung aufgehoben) insbesondere die folgenden Gesichtspunkte zu berücksichtigen:

- Darlehen haben beim gleichen Nominalbetrag eine geringere Anreizwirkung als Zuschüsse; sie können die Standortwahl insofern nicht so stark beeinflussen oder müssten vom Volumen her wesentlich größer angelegt sein.
- Eigenkapital und Kreditfähigkeit werden durch Darlehen nicht erhöht.
- Die Vergabe und Überwachung von Darlehen ist möglicherweise mit höherem Verwaltungs- und Überwachungsaufwand über längere Zeiträume verbunden.
- Von entscheidender Bedeutung ist aufgrund des Standortwettbewerbs auch die Förderpraxis anderer – insbesondere benachbarter – Länder und Gemeinden. Soweit sie Zuschussprogramme anbieten, wird dadurch die Möglichkeit der Umstellung eigener Programme auf Darlehen wesentlich beeinflusst.

Auf Basis dieser Gesichtspunkte ist in Bremen die Entscheidung getroffen worden, keine generelle Umstellung von Zuschuss- auf Darlehensprogramme vorzunehmen. Im Rahmen der regelmäßigen Evaluation von Wirtschaftsförderprogrammen wird diese Entscheidung unter Berücksichtigung der oben genannten Kriterien sowie der finanziellen Rahmenbedingungen in Bremen und möglicher Veränderungen der Rahmenbedingungen in anderen Ländern und Gemeinden zu überprüfen sein. So sind im Kontext Regionalförderung beispielsweise laut Rahmenplan zurzeit GA-Bundesmittel nicht als Darlehen einsetzbar. Etwaige denkbare Veränderungen bedürfen eines Konsenses der Bundesländer und der Bundesregierung. Ähnlich verhält es sich mit der Mittelstandsförderung auf Grundlage der europäischen KMU-Freistellungsverordnung; auch diesbezüglich sollte in Bremen auf eine Zuschussförderung nur verzichtet werden, wenn gewährleistet ist, dass andere Regionen ähnlich verfahren.

Ergänzung der Zuschussförderung durch Darlehensförderung

Nachdem das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen, jetzt Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), der Bremer Aufbau-Bank GmbH (BAB) im Jahre 2000 die Erlaubnis erteilt hat, Bankengeschäfte zu betreiben, werden



im Lande Bremen Darlehensgewährungen an eine breit gestreute Klientel über dieses landeseigene Förderkreditinstitut bereits umgesetzt. Dabei sind beihilferechtliche Vorgaben der Europäischen Kommission zu beachten.

Die BAB setzt seitdem neben Konsortialdarlehen in Partnerschaft mit anderen Hausbanken folgende Darlehensprogramme um:

Darlehens-Förderprogramme „Ergänzungsdarlehen“ und „Wachstumsfinanzierung“

Zur Verbesserung der Finanzierungsmöglichkeiten der mittelständischen Unternehmen in Bremen bietet die BAB zwei Darlehens-Förderprogramme („Ergänzungsdarlehen“ und „Wachstumsfinanzierung“) an. Die Programme werden im eigenen Obligo der BAB herausgelegt und sollen den KMU die Darlehensaufnahme erleichtern. Wesentliche Bedingungen der Darlehensaufnahme sind:

- Vorliegen eines bremischen Interesses,
- wirtschaftliche Vertretbarkeit des Darlehens,
- kein Wettbewerb mit Geschäftsbanken durch Darlehensvergabe,
- die BAB-Darlehen sind ergänzendes Finanzierungsinstrument zum Engagement der Hausbank.

Die Wirtschaftsdeputation ist in der Sitzung am 12. September 2001 über die Einführung dieser Programme detailliert mit der Vorlage 15/207 L unterrichtet worden.

Existenzgründungsförderprogramm „Starthilfefonds“

Zur Unterstützung von arbeitslosen Existenzgründerinnen und Existenzgründern sowie von kleinen Unternehmen gewährt der Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales mit dem „Starthilfefonds“ (SHF) seit 1984 für betriebsnotwendige Investitionsvorhaben eigenkapitalähnliche, verzinsliche Darlehen.

Der SHF, der im Wege der Beleihung von den bremischen Wirtschaftsförderungsgesellschaften BIG und BIS umgesetzt wird, ist ein erfolgreiches Förderinstrument für arbeitsmarktpolitische Zielgruppen.

Mit dieser spezifischen Form der Darlehensvergabe werden folgende Philosophien/Strategien verfolgt:

1. Stärkung des Verantwortungsbewusstseins der Gründerinnen und Gründer für eingegangene Verbindlichkeiten,
2. Steigerung der Motivation der Gründerinnen und Gründer für einen zielgerichteten und erfolgreichen Geschäftsverlauf, um nach erfolgter Rückzahlung der Darlehen bei erneutem Kreditbedarf gegenüber Banken eine positive Kredithistorie („to be bankable“) nachweisen zu können.

Die Förderziele werden seit vielen Jahren erreicht, was sich nicht zuletzt in einer für die Kreditbranche ungewöhnlich niedrigen Darlehens-Ausfallquote von 63 T€ (6 % von 1.043 T€ – Evaluierung 2005) widerspiegelt. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass es sich bei den Engagements in der Regel um vergleichsweise wenige, ausgewählte und intensiv begleitete Vorhaben von motivierten Existenzgründern handelt.

Der SHF ist eingebettet in die bremische Mittelstandsförderung, steht aber nicht in Konkurrenz zu den Kreditangeboten der hiesigen Banken und Sparkassen.

Die SHF-Darlehen werden aktuell zu marktüblichen Konditionen herausgegeben und ergänzen im Rahmen von Finanzierungs Kooperationen (Kombifinanzierung) das Engagement des privaten Kreditgewerbes bei Investitionsvorhaben von kleinen Unternehmen.

Bremer Unternehmerkredit (BUK)

Die BAB setzt seit dem Herbst des Jahres 2005 das zinssubventionierte Darlehensprogramm „Bremer Unternehmerkredit“ (Durchleitungskredit unter Primärhaftung der Hausbanken) um. Der BUK dient der Finanzierung von Investitionen und der Finanzierung von Betriebsmitteln. Die Kredite werden zu wettbewerbsfähigen Zinssätzen, die für die gesamte Kreditlaufzeit festgeschrieben

werden können, vergeben. Der einzelne Kredit wird nicht an den Investor, sondern ausschließlich über Kreditinstitute, die für den Kredit die Haftung übernehmen, an den Endkreditnehmer weitergeleitet. Die Refinanzierung erfolgt seitens der BAB über die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW). Die zudem eingeräumte Zinsvergünstigung für Unternehmen im Land Bremen wird aus Eigenmitteln der BAB finanziert. Das Ausfallrisiko der Kreditinstitute kann durch Bürgschaften der Bürgschaftsbank Bremen GmbH oder des Landes Bremen begrenzt werden.

Die BAB prüft derzeit in Abstimmung mit der Bürgschaftsbank Bremen GmbH sowie dem Finanz- und Wirtschaftsressort ein vereinfachtes Verfahren zur Herauslegung von kleinen Kredittranchen zugunsten von kleinen und mittleren Unternehmen, insbesondere aus dem Handwerk.

- a) Welche Rolle kann dabei eine starke Förderbank mit Gewährsträgerhaftung spielen, die sich am Kapitalmarkt und über revolvingierende Fonds refinanziert?

Insbesondere für die Umsetzung der Instrumente „Darlehen“, „Bürgschaften“, „Beteiligungen“ eignet sich eine Bank in besonderer Weise. Die Förderbank muss in der Regel mit anderen Banken kooperieren; gleichzeitig darf sie nicht in Konkurrenz zu den privaten Geschäftsbanken treten. Die Förderbank ist vielmehr den Zielen der Wirtschaftsförderung verpflichtet. Unter diesen Voraussetzungen ist auch eine Gewährsträgerhaftung erforderlich und zulässig. Die Rolle der BAB wird im Übrigen aus der einleitenden Antwort zu Frage 2 ersichtlich.

- b) Wie bewertet der Senat die rechtlichen und tatsächlichen Möglichkeiten hierfür auch EU-Gelder zu nutzen?

Auch für die kommende Förderperiode 2007 bis 2013 wird Bremen Fördermittel aus den EU-Strukturfonds erhalten. Dabei stehen die Mittel aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) zur Verfügung, um die bremischen Förderungen zur Stärkung der regionalen Wirtschaftsstruktur und zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit zu ergänzen. Dabei ist die Einbeziehung von Darlehensprogrammen vom Grundsatz ebenso zulässig wie z. B. die Kofinanzierung von Zuschussförderungen und infrastrukturellen Einzelvorhaben, sofern sie jeweils den zusätzlichen spezifischen Förderkriterien des EFRE genügen. Insbesondere im Bereich der Existenzgründung kann das Instrument der Darlehensförderung durch EU-Mittel kofinanziert werden.

- c) Wie müsste nach Einschätzung des Senats eine leicht verständliche und breit einsetzbare darlehensgestützte Wirtschaftsförderung ausgestaltet werden?

Siehe einleitende Beantwortung der Frage 2.

- d) Wie kann erreicht werden, dass die Förderbank des Landes Bremen in angemessenem Umfang echtes Risikokapital zur Verfügung stellt und – eventuell unterstützt durch Bürgschaften – privates Venture Capital vermittelt?

Der Bedarf an Beteiligungskapital besteht sowohl für Neugründungen aber auch für bestehende Unternehmen im Lande Bremen. Während Beteiligungen in Höhe von mehr als 1 bis 3 Mio. € von privaten Anbietern (Banken, Beteiligungsgesellschaften) grundsätzlich zur Verfügung stehen, besteht für kleinere Beträge in Bremen eine Angebotslücke. Dieser Bedarf wird durch die BAB Beteiligungs- und Managementgesellschaft Bremen GmbH (eine 100-%-ige Tochtergesellschaft der Bremer Aufbau-Bank GmbH) (BBM), und die Bremer Unternehmensbeteiligungsgesellschaft mbH (BUG), eine überwiegend von privaten Kreditinstituten getragene Gesellschaft, an der die BAB mit 25 % beteiligt ist, derzeit bereits abgedeckt und vom Markt angenommen. Die BAB hat für beide Tochtergesellschaften die Geschäftsführung im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrags übernommen. Hierzu wird auf die Vorlagen und Beschlüsse zur Errichtung der BBM (Haushalts- und Finanzausschuss am 14. Februar 2003, Wirtschaftsförderungsausschüsse am 5. Dezember 2001) und zur Errichtung und Fortführung der BUG (Wirtschaftsdeputation am 15. Juli 1998 und am 8. Juni 2006, Haushalts- und Finanzausschüsse am 9. Juni 2006) verwiesen.

Gründungskonzepte und Erfahrungen in anderen Bundesländern, aber auch im Land Bremen zeigen, dass die standardisierten Angebote über derartige Beteiligungsgesellschaften (Mittelständische Beteiligungsgesellschaften) gut geeignet sind, um den mittelständischen Bedarf zu decken. Die im Juni 2006 von der Deputation für Wirtschaft und Häfen beschlossenen Maßnahmen zur Neuausrichtung der BUG nach dem Geschäftskonzept einer mittelständischen Beteiligungsgesellschaft ermöglicht das Schließen einer Angebotslücke der Wirtschaftsförderung in Bremen. Nach dem Konzept wird es erstmals im Lande Bremen möglich sein, 70-%-ige Beteiligungsgarantien der Bürgschaftsbank Bremen GmbH zu nutzen. Gesellschafter der Bürgschaftsbank Bremen sind überwiegend Kreditinstitute, Kammern und Verbände. Das Risiko der Bürgschaftsbank Bremen GmbH wird über 70-%-ige Rückbürgschaften des Bundes (39 %) und des Landes Bremen (31 %) abgesichert.

Vergleichsrechnungen mit den anderen Bundesländern weisen für Bremen ein Marktpotential von 2 bis 2,5 Mio. € p. a. Beteiligungskapital für kleinere und mittlere Unternehmen aus. Bei einer Durchschnittsgröße der Beteiligungen von 300 bis 330 T€ bedeutet dies sieben bis acht neue Beteiligungen pro Jahr. Der Gesamtbedarf an Beteiligungskapital wird zunächst für einen Investitionshorizont von fünf bis sechs Jahren auf 12,5 bis 15 Mio. € geschätzt.

Im Übrigen spielen auch Business Angel bei der Finanzierung junger, innovativer oder technologieorientierter Unternehmen eine gewisse Rolle. Gemeinsam mit der Handelskammer Bremen, der RKW Bremen GmbH und der BIG GmbH bringt die Bremer Aufbau-Bank GmbH über das Business-Angel-Netzwerk-Bremen Existenzgründer und Unternehmer mit vielversprechenden Geschäftsideen und Business Angel zusammen. Damit wird schon jetzt ein wertvoller Beitrag zur Belebung des Wirtschaftsstandortes Bremen geleistet.

Ein Business Angel ist ein wirtschaftlich unabhängiger Privatinvestor, der innovative und wachstumsorientierte Unternehmen als Kapitalgeber und Mentor unterstützt. Der Vorteil für die Unternehmen besteht darin, dass ihnen neben Kapital insbesondere auch betriebswirtschaftliches Know-how und wertvolle Erfahrungen zur Verfügung gestellt werden. Gerade in der wichtigen Start-up-Phase, in der andere Investoren in der Regel noch nicht bereitstehen und das Managementteam noch nicht komplett ist, sind Business Angels von unschätzbarem Vorteil.

Fazit: Mit der BBM, der neu aufgestellten BUG sowie dem Einsatz von Business Angels steht ein attraktives und wirkungsvolles Angebot zur Verfügung, um den größten- und standortspezifischen Nachteilen von KMU bei der Beschaffung von Risikokapital am Standort Bremen zu begegnen. In welchem Umfang die angestrebten Erfolge tatsächlich eintreten, wird regelmäßig zu überprüfen sein.

3. Welchen Bedarf sieht der Senat hinsichtlich nicht monetärer Förderinstrumente als Ergänzung von Darlehens- und Zuschussförderung?

Der Senat misst dem Einsatz so genannter nicht monetärer Förderinstrumente sowohl im Bereich der Wirtschafts- als auch der Arbeitsmarkt- und Qualifizierungsförderung hohe Bedeutung zu.

Im Bereich der Wirtschaftsförderung kommt solchen Instrumenten zum einen die Funktion der Flankierung von Darlehens- und Zuschussförderungen zu, um die erwünschten bzw. vorausgesetzten Effekte bei Investitionen und der Arbeitsplatzschaffung bzw. -sicherung zu verstärken. Zum anderen spielen Beratungs- und Coachingangebote vor allem im Existenzgründungs- und Existenzfestigungsbereich eine wichtige eigenständige Rolle. So sind 2005 im B.E.G.IN-Gründungsnetzwerk mit seinen 14 beteiligten Organisationen mehr als 2.500 Gründungsberatungen durchgeführt worden. Hinzu kamen 183 Existenzgründungs- und Existenzfestigungsberatungen, bei denen zusätzlich ein freiberuflicher Unternehmensberater eingeschaltet und die Kosten nach den Vorgaben der „Richtlinie des Senators für Wirtschaft und Häfen über die Förderung von Unternehmensberatungen für kleine und mittlere Unternehmen im Land Bremen“ bezuschusst wurden. Die Vermittlung und Qualitätssicherung dieser Un-



Unternehmensberatungen erfolgt durch die B.E.G.IN-Gründungsleitstelle, angesiedelt beim Rationalisierungs- und Innovationszentrum der deutschen Wirtschaft Bremen (RKW). Die B.E.G.IN-Gründungsleitstelle bietet als erste Anlaufadresse für Gründungswillige („One-Stop-Shop“) umfassende Informationen für Existenzgründerinnen und Existenzgründer und leistet eine kompetente Erstberatung zu Geschäftsideen, Finanzierung und Förderprogrammen (z. B. BRUT, Starthilfefonds, Initialfonds und Bundesprogramme). Das Angebot dieser zentralen Beratungsinfrastruktur umfasst darüber hinaus auch Hilfestellung bei der Erstellung eines Businessplans oder bei der Vorbereitung von Bankgesprächen.

Der Bedarf insbesondere für diese kostenlosen Beratungsangebote ist in den letzten beiden Jahren stark gestiegen und geht quantitativ in der Hauptsache auf die in dieser Zeit verstärkte Förderung von Gründungen aus der Arbeitslosigkeit durch die Bundesagentur für Arbeit zurück. Gleichzeitig waren aber auch verstärkt neue Anforderungen zu verzeichnen, die auf bestimmte Zielgruppen wie „Gründungen durch Frauen“ oder „Gründungen mit Migrationshintergrund“ zurückgehen.

Die bremische Arbeitsmarktförderung wird von der bremer arbeit gmbh (bag) und der Bremerhavener Arbeit GmbH (BraG) im Weg der Beleihung umgesetzt.

Dabei werden sowohl in der Beschäftigungs- als auch in der Qualifizierungsförderung eine Vielzahl von Projekten und Maßnahmen in enger Kooperation mit gewerblichen Unternehmen (des ersten Arbeitsmarktes) durchgeführt. Der Beratung der Betriebe als nicht-monetärer Leistung der beiden Gesellschaften kommt dabei traditionell eine hohe und inzwischen weiter wachsende Bedeutung zu.

- a) Wie können erfolgreiche Angebote wie Beratung, Coaching, Netzwerke sowie betriebsorientierte Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen ausgebaut und durch neue Ansätze systematisch ergänzt werden?

Um auf diese neuen Herausforderungen angemessen eingehen zu können, wurden seit 2004 laufend sowohl bestehende Beratungs- und Coachingangebote ausgebaut als auch neue entwickelt. Zu nennen sind hier insbesondere

- regelmäßige Gruppenberatungen zum Thema „Existenzgründung aus der Arbeitslosigkeit“ in Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit;
- Durchführung von Coaching-Maßnahmen für Gründungsvorhaben (z. T. als ESF-finanziertes Landesprogramm oder in Zusammenarbeit mit der KfW);
- Coaching für Existenzgründerinnen bzw. Unternehmerinnen in Zusammenarbeit mit Belladonna (jeweils eine Coaching-Reihe p. a.);
- verschiedene Workshopreihen und Gründungsseminare in Zusammenarbeit mit den Kammern;
- Einrichtung von Arbeitskreisen zu den Themen „Unternehmensnachfolge“ und „Gründungen mit Migrationshintergrund“;
- Vorbereitung einer Workshopreihe mit den bremischen Finanzämtern;
- Begleitung von Unternehmen, die sich in Umstrukturierungen und Krisensituationen befinden durch Mobilitätsförderungen (Transfergesellschaft Bremerhaven);
- Workshopreihe „Forum Personalentwicklung“ zu aktuellen Themen der Personalbewirtschaftung und -entwicklung;
- Cross-mentoring-Angebote für Fach- und Führungskräfte (ebn, bag).

Zusammen mit den Beratungsleistungen der 14 im B.E.G.IN-Netzwerk vertretenen Organisationen und des branchenbezogenen Zugangs der Qualifizierungsdienstleister ergibt sich eine Angebotsvielfalt, die ein sehr breites Spektrum an Beratungsbedürfnissen abdeckt.

Im Rahmen der Projekte in der Beschäftigungs- und Qualifizierungsförderung liegt ein Ansatz zur Unterstützung der Personalentwicklung der Betriebe darin, bei den bestehenden Weiterbildungsdefiziten anzusetzen und mit den

Betrieben eine bedarfsgerechte Bildungsplanung zu verabreden. Dazu gehört auch die Beratung einzelner Betriebe über Fördermöglichkeiten.

Vor diesem Hintergrund sieht der Senat weniger die Notwendigkeit einer weiteren Ausdifferenzierung, sondern sieht die Schwerpunktsetzung mehr in der Fortsetzung des effektiven Schnittstellenmanagements durch die Ressorts (auf der Programmebene) und der Forcierung der Kooperation zwischen den Gesellschaften und Netzwerken wie die B.E.G.IN-Gründungsleitstelle (auf der Umsetzungsebene).

- b) Wie sind in diesem Kontext Instrumente wie zielgruppenspezifische Dienstleistungspakete für Betriebsübernahmen, leicht zugängliche Informationsplattformen im Internet, jederzeit erreichbare Kriseninterventionsstellen (Beispiel Insolvenztelefon) und Hilfen bei Ratingverfahren zu bewerten?

Der Senat sieht in den genannten Instrumenten wichtige Ergänzungsmöglichkeiten einer effektiven Beratungs- und Qualifizierungsinfrastruktur.

So sind etwa Probleme mit der Unternehmensnachfolge in den nächsten Jahren vor allem im gewerblich-technischen Bereich und dem Handwerk zu erwarten. Deshalb wurde im Kontext des ReSoSta-Programms ein auf diese Zielgruppen zugeschnittenes Maßnahmen- und Dienstleistungspaket entwickelt, das von den Wirtschaftsförderungsausschüssen im Juni 2006 beschlossen wurde und ab September 2006 starten soll. Es umfasst neben einer spezifischen Marketing- und Informationskampagne auch gezielte Beratungs-, Coaching- und Finanzierungsbausteine, die die für Unternehmensnachfolgen in diesen Bereichen notwendigen Bedarfe abdecken (z. B. Unternehmensbewertung, steuerliche und Rechtsfragen, Kundenbindung und -neugewinnung etc.). Bei der Umsetzung des Projektes soll das von der KfW betriebene, öffentlich zugängliche Internetportal „NEXXT/CHANGE“ genutzt und als gezielte Ergänzung ein regionales Intranet zwischen den Wirtschaftsfördereinrichtungen, den Kammern und der RKW GmbH aufgebaut werden, um den oftmals auf Vertraulichkeit ausgerichteten Anforderungen der potenziell übergebenden Unternehmen Rechnung zu tragen.

In diesem Zusammenhang bietet schon jetzt die Internetplattform [www.begin24.de](http://www.begin24.de) umfassende Informationsmöglichkeiten zu vielen gründungsbezogenen Fragestellungen und Förderangeboten. Dazu gehören auch verschiedene Downloads und z. B. die Möglichkeit, selbstständig einen Businessplan zu erstellen. Die hohe, technisch nachweisbare, Inanspruchnahme der Plattform kann als ein Indikator für ihren Erfolg angesehen werden.

Um Unternehmen in Krisensituationen ein auch anonym nutzbares Angebot zur Verfügung zu stellen, wurde in Zusammenarbeit mit den Wirtschaftsfördergesellschaften, den Kammern und der RKW Bremen GmbH eine Hotline bzw. ein „Insolvenztelefon“ (04 21 - 32 34 64 11) eingerichtet. Auf Wunsch werden hier notwendige Kontakte im Kreis der Initiatoren hergestellt, gegebenenfalls auch unter Einbeziehung der Kreditinstitute und der BAB nach dem Modell der „Runden Tische“ der KfW. Eine Reihe von Unternehmen konnte so über das Insolvenztelefon an den richtigen Ansprechpartner vermittelt werden.

In Einzelfällen werden auch die Agenturen für Arbeit in Bremen und Bremerhaven sowie die bag und BRAG in das Verfahren einbezogen.

Zur Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen sowie von Existenzgründungen für das Rating durch Kreditinstitute bietet die RKW-Bremen GmbH mit Förderung durch das Land das darauf zugeschnittene Instrument „Check-Up“ an. Das IT-gestützte Instrument wurde bereits 2003 in Zusammenarbeit mit der RKW-Hessen GmbH entwickelt und umfasst neben der klassischen Bilanzanalyse viele so genannte weiche Faktoren wie Managementkompetenzen, strategische Zukunftsplanung, Markteinschätzung und Frühwarnsysteme.

4. Wie kann nach Auffassung des Senat erreicht werden, dass Unternehmensdienstleister wie Banken, Berater und Kammern systematisch als Türöffner und Vertriebspartner genutzt werden, um
- a) besseren Zugang zu Betrieben zu erhalten,

- b) die Zielgenauigkeit der Förderung zu verbessern und
- c) die Organisationskosten zu senken?
- d) Welche Bedeutung haben die konsequente Anwendung des Hausbankenprinzips, Kooperationsverträge mit Kammern und der Aufbau eines qualifizierten Beraternetzwerkes als Bestandteile dieser Strategie?

Die Fragen werden aufgrund ihres engen inhaltlichen Zusammenhanges nachfolgend auch zusammenhängend beantwortet.

Der Senat ist der Auffassung, dass eine systematische Zusammenarbeit mit Kammern, Beratungsorganisationen und Banken sowie den Arbeitsmarktförderungsgesellschaften wesentlich zur Steigerung von Effektivität und Effizienz der Wirtschaftsförderung beitragen kann. Deshalb arbeiten alle Gesellschaften der Wirtschafts- und Arbeitsmarktförderung seit langem erfolgreich mit solchen Organisationen zusammen. Allerdings muss dabei zwischen öffentlich-rechtlichen bzw. öffentlich geförderten Einrichtungen sowie privatwirtschaftlichen Unternehmen im engeren Sinne wie Banken und Unternehmensberatern unterschieden werden. So haben insbesondere die Kammern jeweils ausdrückliche satzungsgewundene Aufträge zur Beratung und Förderung ihrer Mitgliedsunternehmen, weil sie sich durch Pflichtbeiträge dieser Unternehmen finanzieren. Bei öffentlich geförderten Einrichtungen ist die Situation im Ergebnis ähnlich, da entsprechende Förderziele bzw. -voraussetzungen vorgegeben sind. Banken und Unternehmensberater hingegen können nur insoweit für Zwecke der Wirtschaftsförderung aktiv werden, wie es sich mit ihren erwerbswirtschaftlichen Rahmenbedingungen vereinbaren lässt. Insofern kann eine umfassende und den Zielen des Landes entsprechende Ansprache der Unternehmen in erster Linie über die öffentlich-rechtlichen Institutionen erfolgen. In diesem Zusammenhang hat sich jedoch die Organisation der Wirtschafts- und Arbeitsmarktförderung über privat-rechtliche Strukturen sehr bewährt. Darüber können heute deutlich mehr Unternehmen erreicht werden und auch effizienter beraten und gefördert werden.

Im Rahmen der klassischen Wirtschaftsförderung hat das Hausbankenprinzip dennoch weitestgehend Verbreitung gefunden. Ein von einer Hausbank begleitetes Unternehmen wird in der Regel die im Rahmen einer Wirtschaftsförderungsmaßnahme notwendige Grundfinanzierung garantieren können. Die Begleitung durch eine Hausbank steht für die Stetigkeit und den Fortbestand des Unternehmens. Aus der Erfahrung der Vergangenheit sind wirtschaftsfördernde Maßnahmen ohne die Einbindung einer Hausbank mit weitaus höheren Risiken verbunden gewesen, mit der Folge, dass diese oft zum Scheitern des Vorhabens und damit zum Nichterreichen der Förderziele geführt haben. Ausgenommen hiervon sind regelmäßig überschaubare kleine Vorhaben, wie die des Starthilfefonds. Am Hausbankenprinzip wird daher grundsätzlich festgehalten.

Darüber hinaus arbeiten die Wirtschaftsfördergesellschaften auf vielen Gebieten gezielt mit wirtschaftsnahen Einrichtungen zusammen, z. B. bei der Existenzgründungs- oder der allgemeinen Beratungsförderung für bestehende KMU erfolgt eine enge Einbindung der RKW Bremen GmbH, um den Zugang zu Betrieben weiter zu verbessern. Das ist insbesondere bei (kleinen) Unternehmen in Schwierigkeiten von großem Vorteil, weil die Informationsbasis dieser Einrichtungen durch die langjährige Beratungstätigkeit sehr breit und gleichzeitig tiefgehend ist. Auch gelingt auf diese Weise in vielen Fällen die frühzeitige Einbeziehung von Banken und Unternehmensberatern und trägt so zu Stabilisierung und Wachstum der KMU bei. Ein anderes Beispiel stellt die Mitwirkung der Kammern als Gesellschafter bei der Bürgschaftsbank Bremen GmbH sowie in verschiedenen Bewilligungsgremien von wirtschaftsfördernden Einrichtungen dar.

Zudem spielen Beraternetzwerke eine wichtige Rolle beim Zugang und der Förderung sowohl im Existenzgründungsbereich als auch für junge und etablierte KMU. So können neben den Leistungen der 14 im B.E.G.IN-Netzwerk zusammengeschlossenen Beratungsorganisationen verschiedenster Ausrichtung im Rahmen der Beratungsförderprogramme des Landes und der KfW gezielte Unternehmensberatungen durch freiberufliche Unternehmensberater gefördert werden. Zu diesem Zweck pflegt die RKW Bremen GmbH einen offenen Beraterpool, aus dem jährlich ca. 130 Beratungsgesellschaften zum Einsatz kommen. Darüber hinaus werden für spezifische Zielgruppen geschlossene Pools gebil-

det, für die Beratungsgesellschaften mit besonderen Kompetenzen bzw. Erfahrungshintergrund ausgewählt werden: Für Gründungen aus der Arbeitslosigkeit zur Umsetzung des Landesprogramms „Begleitende Hilfen für Existenzgründer/-innen“ (ESF-Coaching) oder für junge Unternehmen aus der Biotechnologie ein Coaching zur Festigung und Wachstumssicherung (insbesondere in Bremerhaven).

Hinzu kommen ehrenamtliche Gründungspatinnen und Gründungspaten (Patenschaften), die begleitende Unterstützung bei Existenzgründungen anbieten. Junge Unternehmen werden in den ersten beiden Jahren aktiv durch Anleitung zur Selbsthilfe bei der Analyse und Lösung von Problemen in den Bereichen Finanzierung, Markteinschätzung, Firmenstruktur, Unternehmensführung, Kalkulation, Personaleinsatz, Produktion, Vertrieb, Buchführung etc. unterstützt. In Bremen werden Gründungspatenschaften durch den Bremer Seniorservice (BSS) und das Expertinnen-Beratungsnetz Bremen e. V. (ebn) angeboten.

Grundsätzlich ist auch mit dem Einsatz nicht-monetärer Förderinstrumente ein nicht unerheblicher Mehraufwand verbunden, so dass darüber keine Senkung der Organisationskosten erreicht werden kann. Neben den Kosten dürfte aber der Erfolg der Maßnahme der entscheidende Indikator sein.

Die Verbesserung der Zielgenauigkeit von Fördermaßnahmen ist ein kontinuierlicher Prozess, der wesentlich auf den wechselseitigen Austausch zwischen allen Beteiligten angewiesen ist. Ein Beispiel für die praktische Umsetzung eines solchen Austauschprozesses ist im Bereich der Wirtschaftsförderung – neben den Initiativen des Senats – die seit 2002 laufende bremische Mittelstandsenquête, die zum Ziel hat, auf der Grundlage wissenschaftlich fundierter Benchmarkverfahren praxisnahe Handlungsempfehlungen für die Gestaltung wettbewerbsgerechter Rahmen- und Förderbedingungen für die mittelständische Wirtschaft im Land Bremen zu entwickeln. Die Mittelstandsenquête wird im Auftrag des Senators für Wirtschaft und Häfen, der Handelskammer Bremen, der Industrie- und Handelskammer Bremerhaven, der Unternehmerverbände im Lande Bremen, der Wolfgang-Ritter-Stiftung und des Fördervereins für Mittelstandsforschung (unter Beteiligung der Sparkasse Bremen) vom BAW als wissenschaftlicher Partner durchgeführt. Vertreter des Mittelstandsausschusses der Handelskammer begleiteten neben den Auftraggebern die Mittelstandsenquête in einem Arbeitskreis, der die Auswahl der Themen und Untersuchungsergebnisse diskutiert und bei der Entwicklung der Handlungsempfehlungen aktiv mitwirkt.

In diesem Kontext wurden bereits in vielen Bereichen Handlungsempfehlungen der Mittelstandsenquête aufgegriffen und umgesetzt bzw. befinden sich in der Umsetzung. Beispiele für solche Maßnahmen, die z. T. Senatsinitiativen vorbereiten, z. T. diese unterstützen, sind u. a.

- Bürokratieabbau (Befristung von Rechtsvorschriften),
- Existenzgründungsförderung (Bürgschaft ohne Bank „BOB“, Verzahnung von START UP und B.E.G.IN, überregionale Bekanntheit von B.E.G.IN durch Etablierung der START-Messe in Bremen),
- Erlass eines Mittelstandsförderungsgesetzes,
- Stärkung der Eigenkapital-orientierten Förderinstrumente (Beteiligungsförderung, Entwicklung neuer Instrumente wie Beteiligungsgarantien),
- Verbesserung der Kapitalausstattung der Bürgschaftsbank (Fusion mit der Bürgschaftsbank des Handwerks),
- Unternehmensnachfolgen.

Im Rahmen der Arbeitsmarktförderung findet auf verschiedenen Ebenen zwischen Senatsressorts, den beliebigen Gesellschaften bag und BRAG, Kammern und Verbänden ein regelmäßiger Informationsaustausch statt, dessen gemeinsames Ziel die bedarfsgerechte Anpassung von Förderinstrumenten und deren Akzeptanz bei den mittelständischen Unternehmen ist. Beide Gesellschaften beziehen die Kammern in die Entscheidung von Wettbewerbsverfahren ein. Im Bündnis für Arbeit und Ausbildung in Bremen und Bremerhaven sowie dem regionalen Ausbildungspakt arbeiten die Institutionen seit Jahren konstruktiv zusammen.

Die Erfolge des Förderprogramms „Starthilfefonds“, das Arbeitslose und kleine Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft bei der Gründung und bei bestandsichernden Investitionsmaßnahmen unterstützt, liegen schon seit Jahren darin begründet, dass im Zusammenspiel von Banken, Unternehmensberatern, Kammern, RKW und Wirtschaftsförderungsgesellschaften ein gebündeltes Know-how genutzt wird, damit das Förderinstrument den individuellen Erfordernissen Rechnung tragen kann.

5. Was wird der Senat unternehmen um zu erreichen, dass überall dort Kooperationen mit Niedersachsen angestrebt werden, wo es keine unmittelbaren Konkurrenzbeziehungen zwischen den Ländern gibt, um die Möglichkeiten grenzüberschreitender Programm- und Organisationsgestaltung zu nutzen?

Die Freie Hansestadt engagiert sich in einer Vielzahl an Kooperationen, in denen auch das Land Niedersachsen beteiligt ist. Hierzu gehören u. a. Neue Hanse Interregio (NHI), sowie die Regionale Arbeitsgemeinschaft Bremen/Niedersachsen RAG (künftig: Metropolregion Bremen–Oldenburg). Abhängig von der jeweiligen Kooperationsebene, werden hier gemeinsame Interessen formuliert, abgestimmt und gegebenenfalls auch gemeinsam gegenüber Dritten vertreten und umgesetzt (z. B. Tiefwasserhafen, Hinterlandanbindung Engagement für die Küstenautobahn, gemeinsame Beschaffung der Polizeiuniformen, e-government). Die Aktivitäten werden ferner eingebunden im „Norddeutschen Strukturkonzept“, welches von den fünf norddeutschen Küstenländern entwickelt und im Rahmen der Küstenwirtschaftsministerkonferenz laufend abgestimmt wird.

Ansichts der aktuellen Entwicklung ist zukünftig voraussichtlich insbesondere die Metropolregion Bremen–Oldenburg im Nordwesten die wesentliche Plattform für eine regionenbezogene Kooperation mit Niedersachsen. In der Metropolregion sollen u. a. die folgenden Aufgaben bearbeitet werden:

- Entwicklung und Umsetzung eines umfassenden Regionalmarketings,
- Betreiben einer entsprechenden Öffentlichkeitsarbeit,
- Unterstützung der Umsetzung großräumig bedeutsamer Infrastrukturvorhaben,
- Unterstützung und Vernetzung in regional bedeutsamen Zukunftsfeldern (insbesondere Logistik/Außenwirtschaft, Energie, Fahrzeugbau, Schiffbau/maritime Fertigung, Luft- und Raumfahrt, IuK-Wirtschaft, Ernährungswirtschaft, Gesundheitswirtschaft und Tourismus).

In diesen Aufgabenfeldern sollen in enger Zusammenarbeit zwischen den bremischen und niedersächsischen Partnern gemeinsame Interessen definiert sowie Entwicklungsstrategien abgestimmt und umgesetzt werden.

Um die Zusammenarbeit der beiden Länder zu vertiefen, fand zudem im Juli 2006 eine gemeinsame Kabinettsitzung Bremen/Niedersachsen statt. Für diese Sitzung wurde durch eine interministerielle Arbeitsgruppe der beiden Länder auch die „Strategie Nordwest“ zur Beschlussfassung durch die Parlamente erarbeitet.

Zielsetzung dieser Strategie ist die „gegenseitige Abstimmung der Fachpolitiken der beiden Länder für den Nordwesten“ zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung, der Entwicklung der Wissenschaft und des Technologietransfers, eines gemeinsamen regionalen Marketings für den Nordwesten sowie einer abgestimmten Raumentwicklung. Als Handlungsfelder sollen die Bereiche Wirtschaftsentwicklung und Strukturförderung, Wissenschaft und Technologietransfer, Regionales Marketing sowie eine abgestimmte Raumentwicklung verabredet werden. Dabei stellen beide Landesregierungen übereinstimmend fest, dass diese Ziele insbesondere in der oben genannten künftigen Metropolregion artikuliert und umgesetzt werden sollen.

Vor diesem Hintergrund werden künftig die gemeinsamen Interessen der Länder durch einen Lenkungskreis der Staats- und Senatskanzleien sowie der jeweils betroffenen Ministerien bzw. senatorischen Behörden ermittelt, abgestimmt und gegebenenfalls im Rahmen der Metropolregion eingebracht werden.

Durch die hier beschriebenen Kooperationen stellt der Senat sicher, dass in den verschiedensten Handlungsfeldern Abstimmungen mit den jeweiligen nieder-



sächsischen Stellen vorgenommen, gemeinsame Ziele definiert und gegebenenfalls realisiert werden.

Auf internationaler Ebene haben Bremen und Niedersachsen kürzlich verabredet, künftig international gemeinsam für den Wirtschaftsstandort „Nordwestdeutschland“ – z. B. durch gemeinsame Messeauftritte – zu werben, um die Außenwahrnehmung zu verbessern. Hierzu haben die beiden Wirtschaftsressorts konkrete Prüfaufträge vereinbart.

Aber auch auf regionaler Ebene wird gemeinsam mit dem seit Jahren erfolgreich laufenden Projekt RegisOnline (durch die Regionale Arbeitsgemeinschaft Bremen–Niedersachsen gefördert) Marketing für die Region betrieben. Diese Unternehmensdatenbank – inklusive wesentlicher Gewerbeflächen- und Standortinformationen – wird derzeit optisch aufgearbeitet und um eine englischsprachige Fassung ergänzt. Zukünftig besteht zudem die Möglichkeit, dieses Instrument auch für das Marketing der Metropolregion Bremen–Oldenburg im Nordwesten zu nutzen.

Im Rahmen der Arbeitsmarktförderung sollen anknüpfend an die gute Kooperation in der Selbstverwaltung auf Landesebene die in den vergangenen Jahren gewachsenen Strukturen ausgebaut werden:

Auf Grundlage einer Vereinbarung zwischen dem Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales und der Regionaldirektion Niedersachsen–Bremen der Bundesagentur für Arbeit vom Juli 2005 wird angestrebt, Leistungen und Wirksamkeit der Arbeitsmarkt-, Struktur- und Wirtschaftspolitik unter Beachtung der wirtschafts- und arbeitsmarktlichen Verflechtungen Bremens mit dem niedersächsischen Umland zu verbessern. Im Vordergrund stehen folgende Aufgaben:

- Regelmäßiger Informationsaustausch zum bremischen Arbeits- und Ausbildungsstellenmarkt, Bewertung der aktuellen Arbeits- und Ausbildungsmarktlage, darunter auch Projekte der regionalen Arbeitsmarktforschung.
- Frühzeitiger Informationsaustausch über die geschäftspolitischen Zielvorstellungen im Zusammenhang mit dem Zielvereinbarungsprozess zwischen Zentrale, Regionaldirektion und Agenturen vor Abschluss der jeweiligen Vereinbarungen.
- Dabei sollen auch programmbezogene Handlungs- und Unterstützungsmöglichkeiten des Landes Bremen diskutiert und gemeinsame Strategien entwickelt werden.
- Abstimmung der Leistungen der Arbeitsförderung mit der Arbeitsmarkt-, Struktur- und Wirtschaftspolitik des Landes Bremen, insbesondere durch
  - die Bereitstellung von Information und den Meinungsaustausch über die Entwicklung und Durchführung von Maßnahmen,
  - eine stärkere Verzahnung von bestehenden Aktivitäten der Regionaldirektion und der Landesregierung.

Ein Ergebnis der gemeinsamen Arbeit soll auch die Entwicklung und Umsetzung gemeinsamer Initiativen und Programme sein.

Die Zusammenarbeit ist nicht auf den Rechtskreis des SGB III beschränkt, vielmehr sind sämtliche Aspekte der Arbeitsmarktpolitik zu betrachten. Dazu zählt insbesondere auch die Zusammenarbeit bei der Umsetzung des SGB II, wie auch der Förderinstrumente der EU.

In Bremerhaven gibt es ein monatliches Treffen der Mittelgeber, an dem auch die Arbeitsgemeinschaft Cuxhaven teilnimmt. Ziel dieser Abstimmungsrunden von Magistrat der Seestadt Bremerhaven, Agentur für Arbeit Bremerhaven, ARGE Jobcenter Bremerhaven, BRAG und SAFGJS ist es, die regionale Arbeitsmarktförderung konkret abzustimmen und Maßnahmen für alle Arbeitssuchenden und Betriebe zugänglich zu machen. Die Finanzierung erfolgt entsprechend der Nutzung der Förderprogramme anteilig gemeinschaftlich. Die gute Zusammenarbeit beruht darauf, dass über Zielsetzungen, Probleme bei der Umsetzung und nachweisbare Erfolge offen diskutiert wird.

In Bremen wird die Kooperation mit Niedersachsen bislang lediglich auf dem Feld der Schaffung von Ausbildungsverbünden gesucht. Hier sind Richtlinien

zwischen den Bundesländern vereinbart, in denen die gleichen Förderbedingungen gelten; Verbundmöglichkeiten zwischen den Betrieben sind ausdrücklich erwünscht.

Für den Bereich Windenergie arbeiten die Partner „ForWind“ als Zentrum für Windenergieforschung an der Universität Oldenburg und „wab“ als Windenergie-Agentur Bremerhaven/Bremen gemeinsam an der Entwicklung des Weiterbildungsstudienganges Windenergietechnik und -management. Bei der beruflichen Aus- und Weiterbildung wird mit einem von den Kammern abgestimmten länderübergreifenden IHK-Zertifikat gearbeitet. In Bremen existiert bereits das bundesweit anerkannte „Bildungs- und Trainingszentrum für Windenergietechnik“, auf das auch Firmen aus dem niedersächsischen Umland zugreifen. Derzeit gibt es im Bundesgebiet insgesamt nur drei vergleichbare Einrichtungen der beruflichen Qualifizierung für Windkraftanlagen. Angesichts der anhaltenden Wachstumspotenziale dieser Branche, insbesondere mit Blick auf den Offshore-Bereich, ist eine weitergehende Zusammenarbeit des Nordwestens sinnvoll. Dies betrifft zum einen den Know-how-Transfer in die Betriebe durch Qualifizierung der Beschäftigten, zum anderen ist zur Behebung des Fachkräftemangels sowohl eine hochwertige Fortbildung von Arbeitslosen als auch eine fachspezifische Ergänzung der Erstausbildung notwendig. Die für Aus- und Weiterbildung zuständigen Institutionen der Region arbeiten auch schon in dem europäischen Netzwerk „POWER“ (= Pushing Offshore Wind Energie Regions) für Offshore-Windenergie in der Nordseeregion (Interreg III B-Programm) zusammen.

Die Stärkung des Tourismus ist gemeinsames Ziel in der Metropolregion Bremen–Oldenburg sowie im gesamten Nordwesten. Ein weiterer Schritt zur Verbesserung der Wahrnehmung und Vermarktung ist die gemeinsame Präsentation der Servicequalität der Region. In dem Bremer Kooperationsprojekt „Fit4Service“ werden derzeit Methoden und Instrumente zur Umsetzung der Qualitätsverbesserung, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen der Tourismusbranche, entwickelt. Verbesserungspotenziale werden anhand eines Leitfadens definiert und umgesetzt. Qualifizierte Betriebe erhalten das Gütesiegel „ServiceQualitätsSiegel Bremen/Bremerhaven“ (= SQS). In Niedersachsen wird gegenwärtig ein vergleichbares Gütesiegel „ServiceQualität Niedersachsen“ aufgebaut. Beide Qualitätssiegel verfolgen europäische Standards und basieren auf dem gleichen Schweizer Modell. Insofern sind sie kompatibel. Durch diese Produktentwicklung können sich die Metropolregion und der Nordwesten als attraktiver gemeinsamer touristischer Standort präsentieren, dessen Marketing den Gästen und Nutzern der regionalen Angebote eine verlässliche Orientierungshilfe bietet.

Nicht allein eine Qualifizierung der touristischen Dienstleistungsanbieter ist gemeinsames Aktionsfeld. Vielmehr werden auch touristische und kulturelle Angebote entwickelt, die von regionaler Bedeutung sind. Das gilt beispielhaft für die Entdecker-Card Nordwest, die Entwicklung von Wegeverbindungen mit touristischer Bedeutung für Fahrradfahrer und Wassersportler und die in der Region stattfindenden Veranstaltungen des Bremer Musikfestes. Kooperation wird vorbereitet und gesteuert im Arbeitskreis Tourismus der RAG unter Vorsitz des Geschäftsführers der Bremer Touristik Zentrale – Gesellschaft für Marketing und Service e. V., über den die Region den direkten Kontakt zur Deutschen Zentrale für Tourismus e. V. herstellen kann.

6. Sieht der Senat die Notwendigkeit, kurzfristig die Eckpunkte einer den Ressourceneinsatz und die Ergebnisse optimierenden Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Arbeitsmarktförderung im Land Bremen vorzulegen?

Bei sich ständig ändernden Rahmenbedingungen bleibt die Weiterentwicklung von Wirtschafts- und Arbeitsmarktförderung eine Daueraufgabe des bremischen Senats. Ressourceneinsatz und Ergebnisoptimierung sind Zielgrößen, die bei der Entwicklung von Förderprogrammen und der Beauftragung der Gesellschaften mit der operativen Umsetzung stets gesetzt und regelmäßig kontrolliert werden. Vor diesem Hintergrund ist auch die Neustrukturierung der BIG-Gruppe zu sehen. Der Senat wird die Erfahrungen, die sich aus dieser organisatorischen Weiterentwicklung auch in Hinblick auf die Verbesserung der Abläufe und Kundennähe ergeben, sehr genau auswerten.

Aus Sicht des Senats muss die Verzahnung von Wirtschaftsstrukturpolitik und Arbeitsmarktpolitik auch zukünftig sichergestellt und kann auf Grundlage der vorhandenen und dargestellten Ansätze noch intensiviert werden. Dies gilt insbesondere bei folgenden Schwerpunkten, bei deren Umsetzung aufeinander abgestimmte Strategien die Effektivität der Förderung deutlich erhöhen können:

- InnoVision/T.I.M.E,
- Arbeit und Technik,
- Mittelstands- und Existenzgründungsförderung,
- Tourismus.

Konzeptionell wird darauf zu achten sein, dass zur Erreichung der definierten Ziele die jeweils am besten geeigneten Instrumente eingesetzt werden. Insofern kann auch nicht generell ein bestimmtes Instrument als das effektivste angesehen werden. Vielmehr kommt es auf das angestrebte Ziel und die konkrete Ausgestaltung des Instrumentes an. Ein besonderes Augenmerk ist dann allerdings auf die Verzahnung der Instrumente wie auch der dahinter liegenden Konzeptionen zu legen. Dies wird gewährleistet durch eine enge Abstimmung unter den senatorischen Dienststellen sowie nach außen durch die Wirtschaftsförderung bzw. Arbeitsmarktförderung „aus einer Hand“.

Die derzeitigen Strukturen bieten gute Ausgangsbedingungen, um auf Grundlage erfolgreicher Beispiele und guter Erfahrungen die Intensivierung dieser Prozesse weiter voran zu treiben. Dabei sind eine verstärkte regionale Zusammenarbeit ebenso wie der gegebene regionale (wie auch überregionale) Standortwettbewerb gleichermaßen als Rahmenbedingungen zu beachten.